

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern
D-19048 Schwerin

An alle Schulen in Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, 30. August 2019

Liebe Lehrerinnen und Lehrer,

in den vergangenen Tagen wurde in den Medien breit über die Einrichtung eines so genannten „Online-Portals zum Erhalt der politischen Neutralität an Schulen“ berichtet. Dort werden Schülerinnen und Schüler aufgefordert, Aussagen von Lehrkräften aus dem Unterricht, die vermeintlich gegen das Neutralitätsgebot verstoßen, zu melden.

Dieses Instrument ist völlig ungeeignet und auch unnötig, denn es gibt in Mecklenburg-Vorpommern bewährte Beschwerdewege bei möglichen Verstößen gegen das Neutralitätsgebot in unseren Schulen. Ansprechpartner sind Schulleitung und in der nächsten Stufe das zuständige Schulamt. Hinzu kommt, dass uns aktuell keinerlei solcher Beschwerden vorliegen, so dass sich auch der Anlass für die Einrichtung einer solchen Plattform nicht erschließt.

Dieses kürzlich geschaltete Lehrermeldeportal hat das Potenzial, den Frieden an unseren Schulen zu gefährden. Ich möchte mich deshalb mit diesem Schreiben klar hinter Sie, Ihre Arbeit und Ihr Engagement für eine gute Demokratiebildung an unseren Schulen stellen und dazu beitragen, die hitzig geführte Debatte einzuordnen.

Schule ist ein Ort, an dem Schülerinnen und Schülern demokratische Werte vermittelt und demokratisches Handeln erlernt und gelebt werden sollen. Diesen Zielen steht ein solches Portal diametral entgegen. Das Neutralitätsgebot verlangt, dass Schule politisch neutral zu sein hat. Neutralität heißt in diesem Kontext aber nicht, dass in der Schule nicht kontrovers über Politik diskutiert werden darf. Lehrerinnen und Lehrer haben im Gegenteil die Aufgabe, Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgern zu erziehen, die in der Lage sind, sich eine eigene Meinung zu bilden. Was in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, kann und soll auch in der Schule kontrovers diskutiert werden. Lehrkräfte dürfen den Schülerinnen und Schülern dabei nicht ihre eigene Meinung aufzwingen (Indoktrinationsverbot), jedoch durchaus ihre eigene Meinung äußern; das unter der Voraussetzung, dass sie ihre Meinung begründet darstellen.

Die Grundlage Ihrer Arbeit sind die Werte des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Wesentlicher Grundsatz ist dabei, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Im Schulgesetz des Landes wird der klare Auftrag an Sie als Lehrerinnen und Lehrer formuliert, dass Schülerinnen und Schüler lernen sollen, die grundlegenden Normen des Grundgesetzes zu verstehen und für ihre Wahrung einzustehen. Die Pflicht zur Neutralität ist dabei mit der Pflicht zur Identifizierung mit den Grundwerten der Verfassung in Einklang zu bringen.

Richtlinie für die Vermittlung demokratischer Teilhabe- und Diskursfähigkeit der Schülerinnen und Schüler sind die Prinzipien des [„Beutelsbacher Konsenses“](#), der die Grundsätze für die politische Bildung in den Ländern festlegt. Darüber hinaus hat die Kultusministerkonferenz im Oktober letzten Jahres [Empfehlungen zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung](#) verabschiedet, die die Bedeutung der Demokratiebildung als Bildungsziel noch einmal unterstreichen und praktische Handlungsanleitungen geben.

In anderen Bundesländern wurde das Portal bereits gestartet und blieb ohne große Resonanz. Ich hoffe, das wird auch in Mecklenburg-Vorpommern so sein. Sollten Sie jedoch mit Anzeigen konfrontiert werden, erhalten Sie durch mein Haus jegliche Unterstützung auch rechtlicher Art. Zudem wird das Ministerium für Bildung,

Wissenschaft und Kultur gemeinsam mit den Landesdatenschutzbeauftragten die
Rechtslage mit Blick auf das Online-Portal prüfen.

Lassen Sie sich bitte nicht verunsichern und setzen Sie den demokratischen Diskurs
fort!

Für Ihre engagierte Arbeit möchte ich Ihnen herzlich danken.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Bettina Martin', written in a cursive style.

Bettina Martin